

JUNGER KÄMPFER

ORGAN DES K. J. V. D. (OPPOSITION)

Nr. 4

Juli 1929

1. Jahrgang

Sammlung! Das Gebot der Stunde

Wir jungen Arbeiter sind Zeugen gewaltiger Erschütterungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Weltkrieg und kapitalistische Entwicklung haben die Arbeiterschaft vor die Frage gestellt: Entweder Fortdauer des Kapitalismus und damit neue Krisen, neue Kriege und Untergang in der Barbarei oder Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Noch leiden wir alle an den furchtbaren Folgen des Krieges, der über zwei Millionen Tote, darunter 700 377 Jugendliche im Alter von 19—24 Jahren allein in Deutschland forderte. Die gewaltigen Kosten der viereinhalbjährigen Vernichtung von Dörfern und Städten, von Feldern, Wiesen und Wäldern, die Kosten der viereinhalbjährigen Vernichtung von Kulturschätzen von Generationen sollen auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden. 11 Jahre sind seit dem Kriege vergangen. Eine Konferenz löste die andere ab auf denen die Kapitalisten der besiegten und Siegerstaaten über neue Lasten für die Arbeiter verhandelten.

Die jetzt beendete Konferenz in Paris schuf den — nach dem Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals benannten — Young-Plan. Dieser Young-Plan zur Regelung der Reparationsschulden bringt den jungen und erwachsenen Arbeitern keine Erleichterungen, sondern nur der Bourgeoisie. Die bisherige Belastung der deutschen Industrie zugunsten der Reparationszahlungen in Höhe von 300 Millionen Mark wurde aufgehoben, dafür sollen 37 Jahre über 2 Milliarden und dann weitere 20 Jahre 1,7 Milliarden aus unseren Knochen geschunden werden.

Die Arbeiterjugend als ein Teil der Arbeiterklasse ist all deren Leiden und Schicksalen unterworfen. Ja, noch mehr. Die Arbeiterjugend ist weit mehr der schrankenlosen und rücksichtslosen Ausbeutung ausgesetzt. Ungeheuer ist das Elend der arbeitenden Jugend. Die Jugend des Proletariats, die Zukunft der Arbeiterklasse, verhungert, verkommt geistig und körperlich. In den Fabriken und Kontoren schreit die Not der Jugend nach Abhilfe, auf den Arbeitsnachweisen, in den Obdachlosenasylen sitzen Jugendliche in Lumpen und Fetzen gehüllt, Kinos und Tanzböden sind in nie gekanntem Maße überfüllt, die übelste Schundliteratur findet den größten Absatz, die Kriminalität der Jugend wächst stetig. Der wirtschaftlichen Notlage der Jugend folgt die politische Entrechtung. Die in Deutschland herrschenden Unternehmervverbände stellen immer offener den Staatsapparat in den Dienst der Unterdrückung und Knebelung der Werktätigen. Zahlreiche Knebelungsgesetze gegen die Jugend wurden geschaffen, so das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen Schund und Schmutz, Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, Jugendwohlfahrtsgesetz, Arbeitsschutzgesetz, Berufsausbildungsgesetz usw. Eine Reihe weiterer Gesetze, vor allem das Reichsschulgesetz und das Konkordat, sind in Vorbereitung und sollen die Schule völlig den Pfaffen und Prügelpädagogen ausliefern. Der preußische sozialdemokratische Ministerpräsident hat bereits den Vertrag mit der Kirche abgeschlossen.

Fürsorgeskandale, Fälle schändlicher Ausbeutung und Jugendelbstmorde mehren sich. Von neuem versucht die Bourgeoisie

die arbeitende Jugend zu militarisieren und zu neuem Krieg vorzubereiten.

In dieser gefährlichen Stunde, die mehr denn je Tatkraft und einheitlichen Kampfeswillen der Arbeiterjugend erfordert, steht diese führerlos da. Die Sozialistische Arbeiterjugend, deren Führer seit Jahr und Tag im Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände mit den reaktionärsten Jugendverbänden zusammensitzen, hat längst aufgehört Interessenvertreter des Jungproletariats zu sein. Ihr Kampf beschränkt sich auf Bittgänge und Gesuche an Regierungen und Parlamente. Es muß aber leider auch festgestellt werden, daß der KJV, infolge der falschen Politik seiner jetzigen Führung nicht seine Aufgabe als Interessenvertreter des Jungproletariats erfüllt. Anstatt die breiten Massen der Arbeiterjugend, einschließlich der Mitglieder der SAJ, der Jugendsektionen, der Sport- und Freidenkerjugendabteilungen in einheitlicher Kampffront zu sammeln, isoliert sich der KJV immer mehr von diesen Massen.

Trostlos, hoffnungslos wäre die Lage für die arbeitende Jugend, wenn nicht doch eine Kraft vorhanden wäre, die diese schwere Aufgabe übernehmen kann und muß. Das ist die Opposition des KJV. Wir müssen in die Bresche springen und Versäumtes nachholen. Wir müssen — solange der KJV versagt — die Aufgabe als Führerin und Interessenvertreterin des Jungproletariats innerhalb der Arbeiterbewegung und mit der Arbeiterbewegung gegenüber der Bourgeoisie übernehmen. Die Aufstellung der Forderungen der arbeitenden Jugend, die Schaffung eines Kampfprogramms, das die Grundlage zur Sammlung der breiten Massen der Arbeiterjugend zum Kampf um diese dringendsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen bilden soll, ist das Gebot der Stunde und die Aufgabe der Opposition im KJV.

Es gilt ein Kampfprogramm zu schaffen. Das kann nicht am grünen Tisch geschehen, sondern muß dem lebendigen Willen, der klaren Einsicht von den Kampfnotwendigkeiten der Jungarbeiter entspringen und der gegenwärtigen Kampfkraft der Jungarbeiter angepaßt sein.

Ein Programm, dessen Forderungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern die im Kampf durchgesetzt werden.

Die arbeitende Jugend kann die Erfüllung ihrer Forderungen nicht von Regierungen und Parlamenten erwarten. Die Durchsetzung ihrer Forderungen ist auch nicht mit bürgerlichen Jugendorganisationen möglich. Deshalb ist der Austritt aller Organisationen der Arbeiterjugend (Jugendsektionen der Gewerkschaften, Sportorganisationen, SAJ, usw.) aus dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände und die Schaffung eines Reichsausschusses proletarischer Jugendorganisationen notwendig.

Die kämpfende Einheitsfront der arbeitenden Jugend muß geschaffen werden, soll weitere Verelendung abgewendet, soll alles getan werden, um die neue Militarisierung und die drohende Kriegsgefahr wirksam zu bekämpfen.

Fürmiedet die Reihen! Einheitlicher geschlossener Kampf ist Voraussetzung und Bürgschaft des Sieges.

Zür die Einheit des Jungproletariats!

Weltere gesetzliche Verschlechterungen — Unser Kampfprogramm

Von Ernst Pileging.

Wir haben in einigen vorhergehenden Aufsätzen die außerordentlich großen Gefahren aufgezeigt, die sich für die arbeitende Jugend aus den Regierungsentwürfen eines Arbeitsschutz-, Berufsausbildungs- sowie Bergarbeitsgesetzes ergeben. Inzwischen hat die Gesetzgebungsmaschine ihre unheilvolle Arbeit im Eiltempo fortgesetzt, das Arbeitsschutzgesetz, das den 16-Stundentag und die völlige Verneinung jedes gewerblichen Arbeitsschutzes in sich birgt, ist ohne nennenswerte Debatte in erster Lesung vom Plenum des Reichstages an den Sozialpolitischen Ausschuß abgegeben worden.

Das Berufsausbildungsgesetz

hat inzwischen den Reichswirtschaftsrat passiert und ist dort in einer Weise verschlechtert worden, daß man es fast mit dem Gegenentwurf, den die Spitzenverbände der Unternehmer herausgegeben haben, verwechseln könnte. Den „paritätischen“ Ausschüssen im Rahmen der Unternehmerkammern, die als gesetzliche Berufsvertretungen angesprochen werden, wurden die wenigen und spärlichen Befugnisse, die ihnen der Regierungsentwurf noch zugestanden, wieder abgenommen. Die Bestellung der Aufsichtspersonen sowie die eventuelle Festsetzung von Urlaub liegt danach allein in den Händen der Unternehmer. Der Entwurf sah schließlich das Anerkennungsverfahren für Lehrbetriebe vor, im KWR wurde daraus ein Aberkennungsverfahren gemacht, jeder perverse Sadist darf also Lehrlinge und Jugendliche schinden, denn bis ihm die Unternehmerkammer die Lehrbefugnis entzieht, darüber dürfte erfahrungsgemäß sehr viel Zeit vergehen. Die Vorrangstellung der freien Vereinbarung gegenüber dem Tarifvertrag wurde vom RWR nachdrücklich unterstrichen. In einem derartigen Zustand wird das Gesetz von der Koalitionsregierung dem Reichstage nunmehr vorgelegt werden. Recht kleinlaut meint das Organ des ADGB, die „Gewerkschaftszeitung“ vom 30. 3. d. J., daß die Forderungen der freien Gewerkschaften „wenig Aussicht auf Verwirklichung“ haben. Und wie sehen die Forderungen der freien Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz aus? Sie wurden in den vier wichtigsten Punkten von der Gewerkschaftszeitung bekanntgegeben:

1. Umfassende Regelung für alle Berufe (Kein Ausschluß der Landwirtschaft, keine Sonderregelungen)
2. Regelmäßiger Urlaub für Jugendliche: unter 16 Jahren 3 Wochen, über 16 Jahre 2 Wochen im Jahr. Kein Lohnausfall bei Fortbildungsschulbesuch.
3. Tarifliche Regelung soll den Anordnungen der Ausschüsse vorgehen.
4. An Stelle der Berufsvertretungen sollen die Arbeitsämter bzw. Berufsberatungsstellen gesetzt werden.

Zu Punkt 1 stellen wir Übereinstimmung fest, bei Punkt 2 ist die Staffellung sehr zu bemängeln, man sollte den einheitlichen, vierwöchentlichen Urlaub für alle Jugendlichen als Regelforderung aufstellen. Zu Punkt 3 wäre besser die grundsätzliche Ausschaltung der freien Vereinbarung zu verlangen, tarifliche Regelung solle zur alleinigen gesetzlichen Grundlage jedes Lehrvertrages gemacht werden. Mit Punkt 4 sind wir keinesfalls einverstanden, es ist geradezu reaktionär, sich an die berüchtigte Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung anzuklammern, die Gewerkschaften, und nicht die Unternehmerkammer haben das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, als gesetzliche Berufsvertretungen zu fungieren. Bedauerlicherweise wendet der ADGB fast nichts gegen die verlängerte Lehrzeit, gegen die Erziehungsbefugnisse der Unternehmer und andere Uebelstände ein. In einigen wenigen Punkten stimmen die christlichen Gewerkschaften mit dem ADGB überein, im übrigen aber sind sie geradezu begeistert von dem schamlosen reaktionären Machwerk der Regierung.

Front gegen den Faschismus

Es ist heute Mode geworden, über den sogenannten „Sozialfaschismus“ zu schwätzen, ohne die wirklich herannahende faschistische Gefahr zu sehen.

Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, wird bemerkt haben, daß die Faschisten täglich frecher auftreten. Kundgebung reißt sich an Kundgebung, Deutsche Tage, Wiedersehensfeiern, Regimentstage, eine endlose Kette, die nicht abreißt.

Der rührigste und der gefährlichste Feind sind ohne Zweifel die Nationalsozialisten. Es hieße die Gefahr unterschätzen, wenn man an ihren Erfolgen, die sie in der letzten Zeit hatten, achtlos vorübergehen will. Sie haben bei den letzten Wahlen in Sachsen, Mecklenburg und Koburg stark an Stimmen gewonnen. In Koburg gelang es ihnen sogar, die absolute Mehrheit zu erreichen. Man darf nicht glauben, daß diese Stimmen nur aus dem Kleinbürgertum kommen. Sicher hat auch ein großer Teil von Arbeitern in Verkennung der wahren Absichten und Ziele der Nationalsozialisten für diese ihre Stimme abgegeben.

Die Deutsche Volkspartei gibt anläßlich des Tarifabschlusses im Holzgewerbe erneut nachdrücklich zu verstehen sie vertrete grundsätzlich den Standpunkt, daß der Lehrling in einem Erziehungs- und nicht in einem Arbeitsverhältnis stehe. Dazu paßt, daß im Organ des Dr. Stresemann, in den „Deutschen Stimmen“ lebhaft für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht Stimmung gemacht wird. — Währenddessen tauchen weitere, für die Jungarbeiterschaft gefährliche Absichten der Koalitionsregierung in greifbarer Nähe auf, so die

Reform der Arbeitslosenversicherung.

aus welcher die Bürgerlichen die Jugendlichen unter 18 Jahren überhaupt ausgeschaltet sehen wollen, ferner der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes, dem u. a. auch die juristische Definition des Lehrlingsbegriffes vorbehalten geblieben ist und vor allem die jüngste Mißgeburt der Koalition, die der Reichsinnenminister Severing ausgebrütet und am 8. Juni dem Reichstage zugestellt hat, der

„Gesetzesentwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes“.

Der Entwurf ist noch schlimmer wie das berüchtigte Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908. Wir sehen also eine recht interessante Entwicklung: Die Kuelz'sche Schmutz-Schundliteratur legt die Axt an die geistige Freiheit, der nächste Schritt ist die materielle Knebelung auf dem sozialpolitisch-arbeitsrechtlichen Gebiet und schließlich folgt dann als Krönung die endgültige politische Entrechtung der arbeitenden Jugend.

Unter solchen Umständen gilt es rasch und wirksam zu handeln. Dabei ist die Lage innerhalb der organisierten Jungarbeiterschaft nicht gerade erhellend. Die der Sozialdemokratie nahestehende Jugend (SAJ, teilweise auch die Gewerkschaftsjugend), ist sicherlich wenig erfreut über die Absichten der Reaktion, doch stehen die Rücksichten auf die Koalitionspolitik der Führung bisher jeder wirksamen Abwehr im Wege. Der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände, in dem das Bürgertum den Ausschlag gibt, kann hier erst recht nichts nützen. Der Kommunistische Jugendverband aber, soweit dessen Instanzen in Frage kommen, arbeitet den Absichten der Koalitionsregierung mit seiner Verneinung jeder Gewerkschaftsarbeit und seiner Sabotage jedes einheitlichen Zusammengehens mit anderen proletarischen Jugendorganisationen geradezu in die Hände. Das Geschrei vom „Kampf gegen den Krieg“ und vom „Schutz“ der Sowjetunion soll offenbar den Ersatz für die dringenden Gegenwartsaufgaben der Jungarbeiterschaft bilden.

Wir sind doch der Meinung, daß in der Abwehr der drohenden Versklavung des Jungproletariats die inneren Gegensätze der Arbeiterschaft zurückzutreten haben gegenüber der Betonung und Betätigung für gemeinsame Kampfziele. Werden die vorliegenden Entwürfe in ihrer gegenwärtigen Form Gesetz, so ist es mit einem erheblichen Teil der proletarischen Jugend- und Sportbewegung auf längere Zeit einfach aus! Der junge Proletarier, der auch Nachts und am Sonntag bis zur Dauer von 12 und mehr Stunden schuftet, der ist nicht mehr im Stande, an der Bewegung der klassenbewußten proletarischen Jugend in irgendeiner Form teilzunehmen. Welche Summe kultureller Werte, die sich das Proletariat mühsam erobert hat, damit, ganz abgesehen von der unheilvollen sozialhygienischen Seite, der Sache, der kapitalistisch-bürgerlichen Barbarei zum Opfer fällt, läßt sich nur schwer ausmalen. Hier geht es wirklich um die Existenz der gesamten proletarischen Jugendbewegung. Einheit im Abwehrkampf ist das unumgängliche Gebot der Stunde. Das Kampfprogramm der oppositionellen kommunistischen Jugend soll in diesem Kampf, anknüpfend an die Forderung des ersten internationalen sozialistischen Jugendkongreß (Stuttgart 1907) Grundlage und Wegweiser zur Einheit werden.

Die Nationalsozialisten sind Meister der Demagogie und der sozialen Phrase. Besonders mit der letzteren gehen sie auf Stimmenfang unter der Arbeiterschaft aus und finden auch dabei Boden, unter den an der Politik der Sozialdemokratie verzweifelnden Arbeitern. Eine richtige kommunistische Politik würde ohne Zweifel diese Arbeiter zur kommunistischen Partei bringen. Stattdessen bilden sie heute ein Rekrutierungsfeld für den Faschismus. Gerade unter der Jungarbeiterschaft wirbt der Faschismus gegenwärtig außerordentlich stark und hat auch hier teilweise Erfolge zu verzeichnen.

Der Sieg des Faschismus bedeutet blutige Niederschlagung der Arbeiterbewegung. Es wird deshalb unsere Aufgabe als kommunistische Opposition sein, die Einheitsfront der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter gegen den vordringenden Faschismus aufzurichten. Insbesondere die Reichsbannerarbeiter müssen für diese gemeinsame Kampffront gewonnen werden. In diesem Kampf werden sich auch am ehesten die Grundlagen herausbilden, die zur Schaffung einer klassenmäßigen Webrorganisation der Arbeiterschaft führen können.

